

Erscheint täglich
früh 6^{1/2} Uhr.
Redaction und Expedition
Johannissgasse 4/5.
Beratung, Redaction Fr. Hüttner.
Sprechstunde d. Redaction
Mittwoch von 11—12 Uhr
Nachmittag von 4—5 Uhr.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Inserate in den Wochenungen
bis 3 Uhr Nachmittags.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Umtageblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

Nº 275.

Montag den 2. October.

1871.

Bekanntmachung, die Landtagswahl betreffend.

I. Wahlkreis.

Im I. Wahlkreis der Stadt Leipzig, welcher folgende Stadttheile: Die ganze innere Stadt und von den Vorstädten folgende Straßen: Augustusplatz Nr. 3, 4, 5 und 6, Bahnhofstraße, Berliner Straße, Blücherplatz, Blücherstraße, Curtiusstraße (vor dem Hohen Thore), am Cäcilienplatz, Gerberstraße, Georgstraße, Humboldtstraße, Höhrs Platz, Vorhangstraße (an der alten Burg), Neue Straße, Posthofgasse, Pfeffendorf, Pfeffendorfer Straße, Wintergartenstraße, Zollnerstraße umfasst, findet die Abgabe des Stimmzettels für die mittelst Verordnung vom 19. v. M. auf den 2. October I. J. ausgeschriebene Wahl eines Abgeordneten zur II. Kammer der Ständeversammlung auf dem Rathaus in der sogenannten Ritterstube während der Zeit von 10 Uhr Vormittags ununterbrochen bis Nachmittag 3 Uhr statt, wovon ich hiermit die Stimmberechtigten benachrichtige.

Leipzig, den 21 September 1871.

Der Wahlvorsteher
Alex. Schilling, Stadtrath.

Bekanntmachung, die Landtagswahl betreffend.

II. Wahlkreis.

Im II. Wahlkreis der Stadt Leipzig, welcher folgende Stadttheile: Die Antonistraße, Am Augustusplatz 1—3, Baubofstraße, Bökerischer Platz, Blumengasse, Brüderstraße, Carlstraße, Carolinenstraße, Dörrenstraße, Dössener Weg, Dresdner Straße, Egelsee, Eisenbahnstraße, Friedensstraße, Gartenstraße, Gellertstraße, Gerichtsweg, Glodenstraße, Grimmaischer Steinweg, Hospitalstraße, vor dem Hospitalhause, Inselstraße, Johanniskirche, Königsbach, Königsstraße, Kohlenstraße, Kreuzstraße, Kurze Straße, Lange Straße, Lindenstraße, Königstraße, Marienstraße, Mittelstraße, Nürnberger Straße, Poststraße, Querstraße, Ranftstraße, Gäßchen, Reudnitzer Straße, Rosenthal, Rosstraße, Salomonstraße, Schöntergäßchen, Schützenstraße, Sternwartestraße, Am Täubchenweg, Tauchaer Straße, Leichstraße, Thalstraße, Turnerstraße, Ulrichsgasse, Waisenhausstraße, Webergasse, Windmühlengasse, vor dem Windmühlenhause umfasst, findet die Abgabe des Stimmzettels für die mittelst Verordnung vom 19. v. M. auf den 2. October I. J. ausgeschriebene Wahl eines Abgeordneten zur II. Kammer der Ständeversammlung in der III. Bürgerschule (Grimmaischer Steinweg 16—18) während der Zeit von 10 Uhr Vormittags unu. bis Nachmittag 3 Uhr statt, wovon ich hiermit die Stimmberechtigten benachrichtige.

Leipzig, den 21. September 1871.

Der Wahlvorsteher
Stadtrath Franz Wagner.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Es wird jetzt mit Bestimmtheit versichert, daß die Einberufung zum Reichstage bereits auf den 10. October in Aussicht genommen ist. Vor kurzem noch versicherte die "R. Pr. B.", die Eröffnung werde keinesfalls vor dem 15. October statt finden. Nun vernehmen wir, der frühere Termin werde dadurch ermöglicht, daß die Regierung sich entschlossen, bezüglich des Militär-Etats eine Verlängerung des Provisoriums von 1867 noch für 1872 zu beantragen. Das Motiv der Regierung soll zunächst darin liegen, daß die südböhmischen Staaten mit ihren Etats-Ausstellungen zum Theil noch weit im Rückstande sind.

Der Entwurf für die deutsche Münzreform ist der "Elb. Big." zufolge definitiv festgestellt. Man schreibt dem genannten Blatte darüber: Das Münzreformproject hat nun auch die Zustimmung des Reichskanzleramts erhalten. Hervorgegangen war es aus dem preußischen Finanzministerium. Es beruht auf dem Bebanoischen-Plan (Brau!) oder der Mark als Rechnungseinheit auf vollständiger Beinhaltung, so daß also auch der Groschen fünfzig in 10 Pfennige, nicht a 12 geheilt würde, und auf reiner Goldährung. Doch hat man der Abneigung des Reichskanzleramts gegen Goldmünzen, welche zu sehr an vorhandene fremde Goldstände grenzen, das Augenblicklich machen müssen, daß außer den Zwanzigsmarkstück (— 6^{2/3} Thaler, oder ungefähr gleich dem Sovereign und dem Fünfundzwanzigstensthal) auch Stücke von 5 und von 10 Thlrn. dabei würden, teils das Fünfzehn- und das Zwanzigsmarkstück, teils zwanzig Groschen nahe liegen. Nach der "Elb. Big." wäre noch keine endgültige Feststellung erfolgt, doch bringt auch dieses Blatt eine Aufführung, nach welcher die Wahrscheinlichkeit, über die Münzfrage schon in der Nähe bevorstehenden Session des Reichstages eine Entscheidung getroffen werden wird, in letzter Zeit beend gewachsen ist.

Das Deutsche Reich wird vom Jahre 1872 in 23 Städten Gesandtschaften halten, id zwar Botschafter in London, Paris, Petersburg und Wien; Gesandte in Athen, Brüssel, Konstantinopel, Kopenhagen, Mailand, Lissabon, in Rio, Madrid, Rom, Stockholm, Bern, Washington, Peking; Ministerresidenten in Rio de Janeiro, Caracas, Venezuela, Mexico, Chili, Buenos Ayres. Es wird jetzt bekannt, daß Se. Majestät der Kaiser von Sachsen aus ein Schreiben an den Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg, gesetzt hat, um denselben zu Mahnungen gegen die hende Wohnungsnot in Berlin und penitent zu genauer Berichterstattung über die Lage aufzufordern. In Folge dessen war von dem Minister berufene Specialcommission, abhend aus dem Unter-Secretariat im Ministerium des Innern, Geh. Rath Bitter, dem Justiz-Präsidium v. Burmb und dem Ober-germeister Seidel, p. Erhebungen zusammen-

getreten, welche ergeben haben, daß eine Wohnungsnot im eigentlichen Sinne des Wortes nicht vorhanden sei und eine augenblickliche Abhilfe vorhandener Notstände, so weit wie thunlich, bewerkstelligt werden solle. Das Schriftstück, welches Graf Beust aus Anloß der Kaiser-Besammlung von Gastein unter dem 12. September an die Agenten Österreich-Ungarns im Auslande erlassen hat, ist nicht eine Circular-Note, sondern lediglich eine zur Information der Gesandten bestimmte Depesche, die denn auch den fremden Regierungen höchstens offiziell und ohne Hinterlassung einer Abschrift mitgetheilt worden ist. Diese Depesche hebt ausdrücklich hervor, daß zu Gastein und Salzburg weder Tractate noch Vereinbarungen formuliert worden sind; die Erfahrung der letzten Jahre habe gelehrt, wie wenig solche papiere Schanzen den Frieden und den Bestand der Staaten zu schützen vermögen. Dagegen hätten die Conferenzen der beiden Reichskanzler allerdings die schon seit Monaten eingesetzte Ueberzeugung, die sich zwischen den Cabineten von Berlin und Wien zur Reise gebracht, und was sie schon längst fühlten, sei in Folge dieser Unterredungen bei ihnen eine feste Ueberzeugung geworden: daß nämlich die Interessen der beiden Nachbarreiche „fast überall“ parallel laufen und daher durch eine gemeinschaftliche Pflege nur gewinnen könnten. Der Kaiser Franz Joseph, so wie er, der Reichskanzler, und die beiden leitenden Minister Österreich-Ungarns brachten aus jenen Unterredungen die beste Ueberzeugung zurück, daß Preussen, der nunmehrige Bruder Deutschlands, das Bedürfnis des allgemeinen Friedens nicht minder hochhält als Österreich selbst, und so sei man ganz naturgemäß zu dem Entschluß gelangt, von nun an über alle austauschenden Fragen und über alle eintretenden Ereignisse vor allen Dingen eine Verständigung zwischen Deutschland und der österreichisch-ungarischen Monarchie herbeizuführen. Die allbekannte Friedensliebe der letzteren bietet Europa die sicherste Bürgschaft dafür, daß diese Entente, weit entfernt, für irgend einen Staat einen bedrohlichen Charakter zu haben, vielmehr nur geglückt sein kann, durch die Ereignisse der letzten Zeit geschaffene Freundschaften und Gegenseitig zu mildern, so wie etwa neue Conflikte im Keime zu erschrecken. So wie Österreich-Ungarn insbesondere auch den wahren und nachhaltigen französischen Interessen bei der ihm nunmehr vorzugsweise befremdeten Macht nützlicher sein können, salb wenn es gegen dieselbe eine eiserne und schmiedende Haltung beobachtet hätte. Auf eine Rede anspielend, die er in der Sitzung der Reichsstaats-Delegation vom 1. Juli dieses Jahres gehalten hat, bekannte Graf Beust sich und den Staat, dessen auswärtige Politik er leitet, für „einen Freund, aber für einen aufrichtigen Freund Frankreichs“, und äußert als solcher die Hoffnung, daß die einschläglichen französischen Patrioten Hoffnunglose Rache gedanken aufgeben und dagegen ihre Anstrengungen darauf richten werden, die großen geistigen und materiellen

Schäde ihres Vaterlandes zu sammeln und dasselbe unter dem Schwimme des allgemeinen europäischen Friedens wieder erstarzen zu lassen. Endlich giebt die Depesche noch einige Andeutungen über die in Gastein getroffenen Verabredungen zum Schutz der gesellschaftlichen Interessen gegen die Umtriebe der anarchistischen Partei in Europa; sie läßt errathen, daß in dieser Richtung, aber auch in dieser allein, schriftliche Abmachungen zwischen den beiden Cabaretten bestehen.

Ein Telegramm aus Lausanne, 29. Sept., meldet: In der heutigen Sitzung der Friedens- und Freiheitliga beteiligten sich Simon aus Trier, Gögg und Lemontier an der Debatte. Es kam hierbei neuerdings zu sehr erregten Auseinandis und wurde ein Antrag auf Schluß der Sitzung angenommen. Das anwesende Publikum entfernte sich unter dem Raume: „Nach Laveyse mit der Commune!“ — Heute Abend wird ein Festbankett statuen.

Die schußzölnerische Richtung der gegenwärtigen französischen Regierung ist bereits zu wiederholten Malen Gegenstand der Erörterung gewesen. Die Wirkungen einer solchen Handelspolitik dürften zunächst keinen anderen Staat mehr als gerade England berühren, und der britische Handelsstand beschäftigt sich denn auch allen Ernstes mit der Eventualität, den Handelsvertrag, der einstmals als Basis des englisch-französischen Einverständnisses die Weihe empfing, über kurz oder lang gefündigt zu sehen. Die vereinigten Handelskammern von England beeilen sich natürlich dieser Eventualität gegenüber Stellung zu nehmen und, wenn möglich, durch eine rechtzeitige Auseinandersetzung der Dinge auszuüben. Auf der gegenwärtig zu Plymouth stattfindenden Zusammenkunft der englischen Handelskammern beantragte der Excovertorath eine Resolution zu Gunsten einer Denkschrift, in welcher die Regierung angegangen werden sollte, „die Ausübung der zwölfnationalen Sanktionierung des Handelsvertrages anzunehmen und keinen Vertrag abzuschließen, der den Handel mehr beschränkt als der heutige“. Unbedingte Zustimmung fand nun zwar dieser Antrag nicht. Es wurde geltend gemacht, daß die englischen Handelskammern keine Befugnis hätten, der Regierung eines anderen und ebenso nahenfesten Staates Vorschriften zu machen oder gute Leben zu geben, auch wurde betont, daß man, was das Verhandeln anbelangt, sich schon auf die heimliche Regierung verlassen könne. Ebenso fand man die Ansicht nicht ganz ungerechtfertigt, daß wenn die französische Nation glaube, die heutige Lage erhebliche eine Abänderung des Vertrages, es Sothe eines so nahe befreundeten Staates sei, solche Argumente anzuerkennen. Diese Bemerkungen blieben nicht ohne Einfluß auf das Ergebnis, und die Resolution drückte daher in ihrer schriftlichen Fassung lediglich die Hoffnung aus, daß kein Vertrag von rücksichtlichem Charakter ausgeschlossen werden möge.

In Bezug auf die bonapartistischen Verschwörungs-Angaben bringt die „Köl. Big.“ Mitteilungen über die Verhältnisse Napoleons III. Schon zur Regierungzeit des Kaisers heißt es, war nicht selten der Argwohn aufgetaut, er behandelte seine Privatvermögens-Angelegenheiten mit einem so Strafbare grenzenden Geschmack. Dagegen hat sich zum eigenen Schaden des Kaisers herausgestellt, daß seine Vermögensverhältnisse der Art zerrüttet sind, daß er im Ganzen kaum mehr als eine Rente von 125,000 Fr. zu verzeichnen hat. Die Kaiserin Eugenie begab sich jetzt nach Spanien, nicht um Hypotheken auf ihre dortigen Güter aufzunehmen, sondern um deren Verwaltung zu regeln. So lange Napoleon III. auf dem Throne war, brachten diese Güter nicht nur nichts ein, sondern kosteten im Gegenteil noch regelmäßig Zusätze, und so will man jetzt ver suchen, durch einen rationellen Betrieb, den die Kaiserin einzuleiten im Begriffe ist, diese Verluste einträglich zu machen. Wenn Dies gelingt, wenn die Liquidation der Civilliste in Paris beendet und der Kaiser den gehofften Ueber schuß ausgezahlt erhält, wenn endlich eine Verhandlung zu Ende geführt ist, welche die Kaiserin befreit Verlaß ihrer kostbaren persönlichen Gesamtheit mit einem Londoner Juwelier eingeschleift hat, kann vielleicht das Gesamt-Einkommen der kaiserlichen Familie auf 400,000 Frs. Rente hinaufgeschaubar werden. Da der Hofstaat immer noch den Unterhalt von 25 Personen bedingt, so ist man zu großen Einschränkungen genötigt. So halten sich Kaiser und Kaiserin z. B. keinen eigenen Wirtschaft mehr, und fahren sie aus, so liefert ein Pferdeverleiher die notwendigen Pferde und Wagen. Schon im Laufe des vergangenen Winters war Eugenie genötigt gewesen, sich einiger ihrer wertvollen Armbänder zu entäußern. Bei diesen Umständen ist an eine wertähnliche Propaganda schwerlich zu denken, um so weniger, als die reichen Mitglieder der kaiserlichen Partei nach längerem Leiden gestern früh in den ersten

sich sehr wenig geneigt zeigen, in opferwilliger Weise mit ihren eigenen Geldmitteln in die Bresche zu springen.

Aus Stadt und Land.

* Leipzig, 1. Oct. Das „Dresdner Journal“ meldet amtlich: Se. Majestät haben den Staatsminister des Innern von Rossig-Wallwitz von der ihm übertragenen Leitung des Ministeriums des Königlichen Hauses, unter Anerkennung der von ihm auch in diesem Amte geleisteten vorzüglichen Dienste, vom 1. Oct. d. J. an zu entbinden und die Leitung dieses Ministeriums dem Staatsminister a. D. Freiherrn von Falenstein zu übertragen geruhet. Auch wird der Letztere die Funktion eines Ordensanzünder, wie zuletzt, fortführen. — Se. Majestät haben dem Staatsminister Freiherrn v. Freien den Vorstoß im Gesamtministerium und bei den in Evangelisch beauftragten Staatsministern zu übertragen geruhet.

* Leipzig, 1. Oct. In dem Inseratentheile dieses Blattes finden unsere Leser einen Aufruf zu Errichtung eines Molte-Denkmal. Die Idee, dem großen Denker der Schlachten in seiner Heimat ein öffentliches Monument aufzustellen, bedarf so wenig einer Nachfertigung oder Empfehlung, daß wir die einfache Anzeige von dem beabsichtigten Unternehmen für vollständig ausreichend erachten, um patriotischen Bürgern die Spendeung von Beiträgen für das Denkmal nahe zu legen. Die Expedition des Tageblatts ist zu Entgegnahme solcher Gaben bereit.

* Leipzig, 1. Oct. Der fünfte Deutsche Protestantentag wird heuer zu Darmstadt vom 3. bis 6. October abgehalten werden. Als Prediger werden aufrichter Pastor Dr. Karl Manhart aus Bremen und Oberhofprediger Dr. Schwarz von Gotha. Am 4. October Vormittags in der Stadtkirche über „Die Stellung des deutschen Protestantismus gegenüber dem Vorzeichen Rom“ Referent: Geheimrat Dr. Blumenschi von Heidelberg. Am folgenden Tage findet öffentliche Verhandlung über „Die Stellung des deutschen Protestantismus gegenüber dem Vorzeichen Rom“ Referent: Professor Dr. Baumgarten von Rostod, Morgen 9 Uhr statt. Am Freitag, 6. Oct. soll ein gemeinschaftlicher Aufzug in die Bergstraße unternommen werden. Anmeldungen für fest Wohnungen in Gasthäusern oder für Privatquartiere und für Theilnahme am Festbankett wollen die auswärtigen Theilnehmer bis zum 23. Sept. L. J. an den Vorstehenden des Wohnungscoum, Hofgerichts-Advocaten Neumann zu Darmstadt richten. Außer den Delegirten der Vereine und den speziell eingeladenen Gästen, für welche Sitz reservirt werden, steht der Eintritt zu den Verhandlungen einem jeden frei, welcher sich durch Vorzeigen einer Eintrittskarte legitimirt. Die Hessische Ludwigsbahn-Gesellschaft hat den Vereins-Mitgliedern, welche sich durch Karten legitimiren, gegen einfaches Billet für die Fahrt frei Aufzahrt gewährt. Von anderen Bahnen steht Entschließung noch zurück. Im großherzoglichen Hoftheater finden mit Rücksicht auf den Protestantentag ausnahmsweise Mittwoch den 4. und Donnerstag den 5. Oct. Vorstellungen statt. In einer der beiden kommt „Martin Luther“ oder die Weihe der Kraft“ von Zacharias Werner zur Aufführung.

* Leipzig, 30. Sept. Der Aufschuß-Geschäftsführer der deutschen Turnvereine veröffentlicht folgendes: Das im Auftrage der deutschen Turnerschaft unternommene Werk „Statistik des Schulturnens in Deutschland“ wurde den Untersekretarien deutscher Staaten, sowie dasselbe bis jetzt erschienen ist, zur Prüfung und Empfehlung übertragen. In Folge dessen hat das königlich sächsische Ministerium den Geschäftsführer des Turnausschusses ersucht, nach Befolgerung des Werkes elf Exemplare, befußt Vertheilung derselben an die Lehrseminare, einzureichen. — Der Kreisvertreter des 14. Turnkreises, welcher letzter aus den Turnvereinen im Königreich Sachsen gebildet wird, erläßt folgende Bekanntmachung: Nach den Beispiele anderer Turnkreise wollen auch die Vereine des 14. Kreises auf den ihnen übersendeten Fragebogen der Kriegsstatistik Dresdigen, welche das eiserne Kreuz erhalten haben, namentlich antworten, ebenso den Geburtsort der Gefallenen und ihren Wunden oder Krankheiten Erlegenen bemerken. Sollte ein Verein den Fragebogen nicht erhalten haben, so bitte ich um sofortige Benachrichtigung.

y. Leipzig, 1. Oct. Durch die Todesanzeige der Hinterlassenen erfährt unsre Stadt das zu frühe Ableben eines sehr geachteten bessigen Verlags- und Commissionsbuchhändlers, des Bürgers und Hausbesitzers Herrn Albert Theodor Thomas. Nach der Anzeige erfolgte der Tod

SLUB
Wir führen Wissen.